

## Gerhard Wittenberger

### Psychoanalyse und Politik – ein Zwischenruf

„Wenn der Anspruch, die Welt vom Übel zu erlösen, nur in einem neuen Beweis für die Gemeingefährlichkeit des Schwärmers“ (oder Fanatiker, G. W.) für das Gemeinwohl endet, dann ist es nicht zu verwundern, dass beim Beurteiler (d.i. der Beobachter) ein Misstrauen erweckt wird, das Sympathie unmöglich macht.“ (Freud, G.W. Nachtr., S. 688)

Diese bittere Kritik kommt nicht von einem Beobachter des gegenwärtigen Sumpfes in Syrien und Umgebung aus dem Jahre 2018, sondern vom Begründer der Psychoanalyse, der über die Verhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg nachdenkt, die – wie sich später herausstellen sollte – die Grundlagen für den Zweiten Weltkrieg wurden. Knapp 100 Jahre nach Freuds Beurteilung würden wir gut daran tun, einen Aspekt von seinen Gedanken zu übernehmen, deren argumentative Schärfe für uns nur verstümmelt erscheint, gegenüber seiner übergeordneten Theorie des Geistes. Einer Theorie, die ihre Bandbreite des kulturellen und gesellschaftlichen Spektrums, von der Medizin, Biologie, Philosophie, Psychologie, über die Onto- und Phylogenese, der Kultur- und Kunstgeschichte, bis zu den soziologischen und pädagogischen Interessen, so weit spannt, wie es in „Das Interesse an der Psychoanalyse“ (1913j, GW, Bd. 8, S. 398-420) entworfen wurde. Daran gemessen erscheint „Politik“ als eine arme Verwandte.

Aber: Im Gegensatz zu dem Gerücht, das behauptet, Freud war ´unpolitisch` oder ´politisch inaktiv`, kann man zeigen, dass es zwischen Freuds analytischen Fallgeschichten, den daraus entwickelten Konzepten, seinem Suchen nach Quellen und dem Aufspüren von Ressourcen, so wie der Initiierung von Projekten wissenschaftlicher Publikationsorgane mit eigenem Verlag, bis zur Institutionalisierung der Psychoanalyse äußerst enge Verbindungen gibt. Wissenschaftspolitisch hat er mit diesem Gesamtprogramm den Anspruch geltend gemacht, eine neue Wissenschaft begründet zu haben. Ein wahrhaft politisches Denken und Handeln.

Zusammen mit dem amerikanischen Botschafter William C. Bullitt hat Freud seinen Namen für ein Buch hergegeben, das man als politische Psychoanalyse im engeren Sinne bezeichnen kann. Es gehört zu den am wenigsten gelesenen Arbeiten seines psychoanalytischen Œuvre. Wahrscheinlich aus zweierlei Gründen: Der harmlosere Grund ist seine unklare Entstehungsgeschichte, die in der „Editorischen Vorbemerkung“ (GW, Nachtr., S. 683-685 zur Einleitung zu Thomas Woodrow Wilson. Der 28. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (1913-1921). Eine psychologische Studie.) nachzulesen ist. (Eine Neuauflage ist 2007 im Psychosozial-Verlag erschienen.) Der weitaus bedeutsamere Grund scheint die implizite Religionskritik und der davon abgeleitete Vorbehalt jeder politischen Naivität gegenüber, die „die Methode der Christian Science auf die Politik übertragen“ will (ebd., S. 688). Wie nah diese Art der Politik der Rationalisierung der unleugbaren Existenz des Bösen verknüpft ist mit Antisemitismus, zeigt Freud in „Das Unbehagen in der Kultur“ (GW, Bd. 14, S. 479) – ein ´Stachel` der nach wie vor nicht nur in den USA auf heftige Ablehnung stößt.

So stellt sich Freud als ewiger Kritiker einer Politik, die unter dem Deckmantel einer 'höheren Eingebung' (man könnte auch modern von 'übergeordneten Sachinteressen' sprechen) betrieben wird, als jemand dar, der auch für seine Skeptiker heute noch Unterricht geben könnte.

Der historische Hintergrund: Bullitt hatte 1919 unter dem Präsidenten Wilson in der amerikanischen Friedenskommission in Paris gedient, trat aber aus Protest gegen die Vertragsbedingungen bzgl. der Reparationsklauseln und der Neuordnung des Territoriums durch Grenzverschiebung, zurück. Er lernte Freud im Mai 1930 in Berlin kennen und erwähnte, dass er beschlossen habe, über diese Verhandlungen zu schreiben. Jedoch bevor Bullitt sein Thema ansprechen konnte, habe Freud, der schon seit langem an Kieferkrebs litt, geklagt, dass sein eigener Tod unbedeutend sein würde, da er nichts mehr zu sagen habe. Als Bullitt nun seine Idee beschrieb, dass er in der Studien die Hauptakteure des Versailler-Vertrages und die Gründe des Scheiterns aufklären würde, „freuten sich Freuds Augen“, erinnerte Bullitt, „und er wurde sehr lebhaft.“ Freud habe Bullitt zugesagt, ein Kapitel über Wilson zu schreiben. So berichtet George Prochnik am 6. Mai 2007 in der New York Times. Unabhängig davon, ob sich die Szene so oder so ähnlich abgespielt hat bleibt festzuhalten, dass die Fehler der Friedensregelung nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur auf Europa beschränkt blieben. Sie erstrecken sich bis heute auch auf den Nahen und Mittleren Osten, weil sowohl das britische als auch das französische Königreich gegenüber den weltfremden und missionarischen Ambitionen von Präsident Wilson nicht genötigt war, für einen tragfähigen Friedensschluss zu sorgen.

Für Freud demonstrierte Wilson die Verantwortungslosigkeit, in den Kämpfen der Weltpolitik mit der Überzeugung aufzutreten, dass die eigene Position triumphieren würde, weil sie einen göttlichen Willen verkörpere. In Freuds Interpretation war Wilson mit seinem Vierzehn-Punkte-Plan und seiner großartigen, von Gott inspirierten Vision von einer globalen Harmonie so überzeugt, dass er am Verhandlungstisch – sollten seine Vorschläge nicht allgemein angenommen werden – keine tragfähige Rückzugsposition, keinen Plan-B hatte. Wilson musste erkennen, dass seine „Offenbarung von einer harmonischen Demokratie“ utopisch war und Europa nicht aufgezwungen werden konnte, so dass seine gesamte Verhandlungsposition zusammenbrach. Er trat als Diplomat zurück und überließ den überwiegenden Teil der Verhandlungen über die Reparationskosten und Gebietsveränderungen Clemenceau und Lloyd George, die den ökonomisch lähmenden Bedingungen der Mittelmächte, die die politischen Zukunftslandschaften Deutschlands und Österreichs mitgestalteten, die Krone aufsetzten. Die Perspektive bis 1933 war vorgezeichnet.

Was könnte Freud dazu angeregt haben, in dieses Projekt – in einer Zeit enormer persönlicher Belastungen – seine Zeit und Energie zu stecken? In der besagten Einleitung erzählte Freud von einem Vorfall, bei dem Wilson als gewählter Präsident einen Kollegen abblitzen ließ, als der erwähnte, wie er am Erfolg von Wilsons Wahlkampfkampagne beigetragen hatte. „Gott ordnete an, dass ich der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein sollte“, gab Wilson zurück. „Weder Sie noch andere Sterbliche hätten es verhindern können.“

Freud bemerkte dazu: „Ich weiß nicht, wie ich der Schlussfolgerung entgehen kann, dass ein Mann, der fähig ist, die Vorspiegelungen der Religion so wörtlich zu nehmen, und sich eines besonderen persönlichen Verhältnisses zu Gott sicher zu sein glaubt, für Beziehungen zu gewöhnlichen Menschenkindern nicht taugt. Wie alle wissen, beherbergte das feindliche

Lager während des (Ersten Welt-)Krieges auch einen auserwählten Liebling der Vorsehung (den deutschen Kaiser Wilhelm II., Einfügungen, G. W.). Es war sehr bedauerlich, dass später auf der anderen Seite ein zweiter hinzukam. Niemand hatte davon einen Gewinn. Auch das Ansehen der göttlichen Macht wurde dadurch nicht erhöht.“ Wilson, schrieb Freud, „erklärte wiederholt, dass bloße Tatsachen für ihn keine Bedeutung hatten.“ ... ´edle Absichten` zählten. Während also Wilson nach Frankreich kam, „um den vom Krieg zerrissenen Europa den gerechten und ewigen Frieden zu bringen, brachte er sich so sehr in die beklagenswerte Lage des Wohltäters, der dem Patienten die Sehkraft wiedergeben will, aber die Konstruktion des Auges nicht kennt und es unterlassen hat, die zweckdienlichen Methoden der Operation zu erlernen“ (Freud, GW, Nachtr., S. 686 ff. Die vorgenommenen kleinen sprachlichen Modernisierungen verändern die Freud'sche Intention nicht.)

Die Alternative für Freud war nicht Neutralität. Angesichts seiner festen Überzeugung über die Brutalität, die unter der Oberfläche eines jeden Menschen lauert, konnte er trotz seiner Abneigung gegen Wilsons Rolle in Versailles, die politischen Vereinbarungen nicht rundum gutheißen. Aber wovon er überzeugt war ist, dass Institutionen, wie sie beispielhaft Regierungen darstellen – ebenso wie Einzelpersonen – danach streben sollten, die Beweggründe für ihre Politik so klar und unsentimental wie möglich zu untersuchen und zu erklären. Denn wenn man auf eine wahnhaftige Prämisse versucht einzuwirken, werden sich die Handlungen nur zufällig mit ihrem realen Objekt verbinden – wenn überhaupt. Amerika mag weit weg sein. Die Türkei liegt vor der Haustür.

Kurz vor dem Ende von „Das Unbehagen in der Kultur“ schrieb Freud: Er wisse „mit Sicherheit nur das eine, dass die Werturteile der Menschen unbedingt (d.h. unmittelbar, G.W.) von ihren Glückswünschen geleitet werden, also ein Versuch sind, ihre Illusionen mit Argumenten zu stützen./.../.Die Menschen haben es jetzt in der Beherrschung der Natur so weit gebracht, dass sie es mit deren Hilfe leicht haben, einander bis auf den letzten Mann auszurotten“ (Freud, 1930, GW. Bd. 14, S. 505 f).

Mit Bezug auf Freud könnte man sich vor allen Politikern fürchten, die sich weigern, in den Spiegel zu schauen, also reflexiv (die Couch) über ihre aktuellen oder früheren politische Entscheidungen nachzudenken. Diese Aufgabe der Selbstüberprüfung wird nie erreicht werden, aber als lohnendes Ideal wird es als energische Skepsis überleben, auch wenn wir dabei ein paar Illusionen über die einzigartige Überlegenheit dieser Ideale aufgeben müssen.